Abendausgabe

Nr. 387 ♦ 44. Jahrgang

Ausgabe B Nr. 191

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 — 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch
17. August 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 — 297

Der Kampf um die Revision.

Vor dem Obersten Gericht von Massachusetts.

Boston (Massachusetts), 17. August.

Die Gründe für und wider die von der Verteidigung erhobenen Einwände gegen die Entscheidungen der Richter Sanderson und Thayer vom Obersten Staatsgericht von Massachusetts in der Angelegenheit Sacco-Vanzetti wurden heute von vier Richtern des Obersten Staatsgerichts, die als Vollgericht tagten, entgegengenommen. Die Verteidigung hatte ihre Berufung darauf gegründet, daß der Bundesrichter Thayer sich von Voreingenommenheit habe leiten lassen. Der Generalstaatsanwalt erwiderte hierauf, daß kein ausreichender Beweis für eine Voreingenommenheit vorliege, der Sanderson zur Vorlegung eines Revisionsantrages berechtigt hätte. Der Oberste Gerichtshof hat seinen Beschluß bis Freitag vorbehalten.

Nur die Kommunisten wollen einen Proteststreik.

New York, 17. August.

Die Sozialistische Partei gab bekannt, daß sie nicht an dem von den Kommunisten veranstalteten Proteststreik für Sacco und Vanzetti teilnehmen werde. Der Sekretär der Sozialistischen Partei erklärte, obwohl die Bemühungen um Sacco und Vanzetti ungeschwächt weitergingen, sei das Zustandekommen eines neuen Proteststreiks unwahrscheinlich.

Attentatschrecken.

New York, 17. August.

Die Polizei berichtet, daß eine Anzahl führender Persönlichkeiten und Vereinigungen anonyme Androhungen erneuter Bombenanschläge erhalten haben für den Fall, daß Sacco und Vanzetti hingerichtet würden. In einem Drohbrief wurde angekündigt, die Stadt könne im Falle der Hinrichtung damit rechnen, daß ein öffentliches Gebäude oder die Bahnhofsanlage in die Luft gesprengt würde. Die Polizei teilt mit, daß in Reading (Massachusetts) erhebliche Mengen Munition gestohlen worden sind.

Liberale für Simultanschule.

Deshalb lösen sie die Rechtskoalition — in Danzig.

Danzig, 17. August. (WTB.)

Die Auseinandersetzungen über den sozialdemokratischen Antrag, die neue Schule in dem Vorort Ohra auf simultaner Grundlage einzurichten, haben zum Ausscheiden der Deutschliberalen aus dem Senat geführt. Der Vorsitzende der Deutschliberalen Partei, Senator Ernst, hat dem Präsidenten des Senats folgenden Beschluß des Hauptvorstandes der Deutschliberalen Partei mitgeteilt: „Der Hauptvorstand billigt die Stellungnahme der Fraktion in der Frage der Schule Ohra und beschloß daher, daß die Senatoren der Partei aus dem Senat ausscheiden." Gleichzeitig haben die Senatoren Ernst und Siebenfreund ihr Ausscheiden aus dem Senat erklärt.

*

Die Liberalen bestehen auf Errichtung der Schule auf simultaner Grundlage, während Zentrum und Deutschnationale die konfessionelle Schule wollen. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, ist der Austritt der Liberalen aus der Rechtskoalition erfolgt.

Der Rückzug der Südtruppen.

England frohlockt.

London, 17. August.

Nach den letzten Meldungen aus Schanghai weichen die Südtruppen weiterhin zurück. Aus Nanking fliehen Tausende nach Schanghai. Unter den Truppen der Südarmee soll eine starke Verwirrung herrschen, da zahlreiche Truppenteile nicht mehr wissen, von wem sie politisch abhängig sind. Viele dieser Elemente sollen einen Handstreich auf Schanghai planen.

Faschistenroheit.

Das Denkmal des Erbauers der Brennerbahn entfernt.

Innsbruck, 16. August.

Während Nordtirol das sechzigjährige Bestehen der Brennerbahn feiert, benutzen die Italiener diese Tage, um das auf der Paßhöhe des Brenners stehende Denkmal des Erbauers der Bahn, des Württembergers Karl Etzel abzutragen. An dessen Stelle soll zur Erinnerung an die „italienische Tat" (Elektrisierung der Bahn) ein Denkmal treten, das allen Reisenden schon bei ihrem Eintritt nach Italien die Größe und Macht des neuen Italiens zeigen soll.

Bauernkrieg um Wasser.

Im dürren Aegypten.

Kairo, 17. August.

Unzuträglichkeiten bei der Verteilung von Wasser haben in einigen Teilen des Landes zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Bewohnern benachbarter Dörfer geführt, die sich bei der Zuteilung übervorteilt glaubten. In Oberägypten ist es zu einer förmlichen Schlacht zwischen Einwohnern und Beduinen gekommen, die nur durch das Eingreifen eines starken Polizeiaufgebots beendet werden konnte. Der Schulze der Ortschaft, der zu vermitteln suchte, wurde getötet, 17 Bauern teils tödlich, teils schwer verletzt.

Handelsvertrag mit Frankreich.

Heute vormittag unterzeichnet. — Der Zollkrieg beendet.

Paris, 17. August.

Heute vormittag 8,55 Uhr ist in Paris nach langwierigen Verhandlungen ein Abkommen unterzeichnet worden, das die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen auf längere Zeit regelt. Der unerquickliche Zustand eines Zollkrieges, wie er praktisch während der letzten Wochen bestanden hat, ist damit beseitigt.

*

Das deutsch-französische Handelsabkommen, das soeben unterzeichnet worden ist, kann sowohl für die wirtschaftlichen wie für die politischen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten eine ganz besondere Bedeutung beanspruchen. Beide Staaten sind auf den Handelsverkehr miteinander angewiesen. In beiden Ländern aber herrschen Regierungen, die, in protektionistischen Gedankengängen befangen, eine Zollpolitik der Unduldsamkeit betreiben und mehr darauf bedacht sind, die eigene Industrie und Landwirtschaft zu schützen, als sich in den weltwirtschaftlichen Verkehr einzugliedern. Politische Reibungen taten ein übriges, um die längst als notwendig erkannte wirtschaftliche Verständigung immer wieder hinauszuzögern. Auch jetzt ist sie noch nicht vollkommen erzielt. Immerhin ist der Grund für eine dauernde Zusammenarbeit gelegt, die Voraussetzung dafür geschaffen, daß ein stärkerer Warenaustausch stattfinden und damit eine engere Verbindung zwischen den beiden Völkern gefördert werden kann.

Die große grundsätzliche Bedeutung des Vertrages geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß trotz jahrelanger Bemühungen alle Versuche einer Regelung des deutsch-französischen Wirtschaftsverkehrs nur für kurze Frist und in ganz engem Rahmen Erfolg haben konnten. Acht derartige kurzbefristete und zeitweilig verlängerte Provisorien sind auf diese Weise abgelaufen, ohne daß sich die Völker näher gekommen wären. In diesem Zustand der Unsicherheit hatten die Hochschutzzöllner in beiden Ländern Zeit und Gelegenheit, ihre Quertreibereien gegen eine positive Handelspolitik immer wieder mit Erfolg durchzuführen. Anstatt der so dringend erforderlichen Atmosphäre der Versöhnlichkeit, die auf wirtschaftlichem Gebiete für eine gedeihliche Entwicklung der politischen Beziehungen vorhanden sein muß, konnte sich Eigensucht und neidische Rivalität immer aufs neue entfalten. Schwerindustrie und Agrarier haben hüben wie drüben bis in die letzten Tage hinein alles getan, um den Unterhändlern ihre ohnedies schwere Aufgabe noch schwerer zu machen. So wurde das Abkommen, dessen Abschluß bereits für Mitte Juli angekündigt war, um mehr als einen Monat verzögert. Wiederholt drohte der Abbruch. Der französische Handelsminister hat schließlich eine Reise nach Amerika, die seit langem geplant war, um volle acht Tage hinausgeschoben, um dieses Vertragswerk doch noch zum Abschluß bringen zu können. Hier konnte man also feststellen, wie allmählich auch in Frankreich das Interesse an einer vertraglichen Regelung der Handelsbeziehungen mit Deutschland größer geworden ist.

Man wird diese Entspannung begrüßen können, wenn man sich auch darüber klar sein muß, daß sie zunächst nur ein Schritt zu einer endgültigen Verständigung der Völker ist. Das Vertragswerk ist dem Umfang wie dem Inhalt nach von großem Interesse. Neben der Regelung der allgemeinen Handelsbeziehungen, in denen insbesondere die Frage der Konsulatsvertretungen eine nicht immer erquickliche Rolle gespielt hat, enthält es das grundsätzliche Anerkenntnis der gegenseitigen Meistbegünstigung und eine große Zahl verschieden gearteter Zollbindungen. Die Zollregelung zeigt besonders drastisch die Schwierigkeiten, unter denen das ganze Abkommen zustande gekommen ist. Wieder, wie schon bei früheren Abkommen, machte sich die große Verschiedenheit des deutschen und des französischen Zollsystems störend bemerkbar.

Während Deutschland neben einer Reihe von Zollherabsetzungen als wichtigstes Zugeständnis die volle Meistbegünstigung zu geben pflegt, konnte Frankreich das aus verschiedensten Gründen nicht. Es mußte statt dessen versucht werden, eine rechtliche Formel zu finden, die praktisch dem deutschen Handel mit Frankreich die gleichen Rechte gibt wie allen anderen Staaten, die mit Frankreich zu tun haben. Man mußte also statt der formalen die praktische Gleichberechtigung erzielen; das ging nur auf die Weise, daß man die einzelnen Positionen und Klauseln des Vertrages unter großem Feilschen für Deutschland günstig gestaltete. Aber auch da gab es noch Schwierigkeiten, wie sie wohl in der Technik der modernen Handelsverträge geradezu einzig dastehen.

Frankreichs Zolltarif ist nämlich durch die Inflation des Franken überholt. Die Zollsätze entwerteten sich und entsprechen heute weder dem finanziellen Bedürfnis des französischen Staates, noch sind sie geeignet, irgendwie ordnend die französische Wirtschaft zu beeinflussen. Gerade auf das letztere aber legen die Franzosen besonderes Gewicht. Sie versuchten, die Nachteile der gegenwärtigen Zollregelung durch eine allgemeine Heraufsetzung des Zolltarifes zu beseitigen. Dabei schossen sie aber derart über das Ziel hinaus, daß die französische Kammer die Vorlage ablehnte. Die **französische Regierung beharrt trotz dieses Mißerfolges bei** ihrer Absicht, die Zölle zu erhöhen. Die deutsche Delegation mußte dem Rechnung tragen. Und so ergibt sich, daß dieser Handelsvertrag praktisch für Deutschland und für andere Staaten bei einer ganzen Reihe von Waren höhere Zollmauern bringt als bisher.

Für eine Reihe von Waren wird nämlich in einer besonderen Liste der geltende französische Mindesttarif festgesetzt. In einer zweiten Liste jedoch sind Zollsätze angeführt, die über den augenblicklich geltenden französischen Höchstzöllen liegen. Man konnte sich natürlich mit einer derartigen Regelung nur bescheiden, weil man annehmen muß, daß die Kammer bei nächster Gelegenheit sonst noch höhere Zollsätze beschließen würde, als im Vertrag vorgesehen sind. Auf einer dritten Liste des Handelsvertragstarifes sind Waren aufgeführt, bei deren Einfuhr sogar Deutschland eine gewisse Benachteiligung gegenüber anderen Ländern erfährt. Deutschland verweigert dafür auch dem französischen Handel Vorteile, die andere Staaten in Deutschland genießen. Das ganze trägt also den Charakter einer Notlösung, die den verschiedenen politischen Strömungen und Machtverhältnissen nach Möglichkeit tragen und Reibungen für die Zukunft ausschalten will. Bewährt sich die Notlösung, so wird der Ausbau des Handelsvertrages sicherlich nicht mehr so schwer sein wie der Abschluß des gegenwärtigen Abkommens, das, wenn nicht unvorhersehbare Schwierigkeiten auftauchen, auf lange Jahre hinaus die Völker einander wirtschaftlich näher bringt. Darin liegt auch der politische Wert des Abkommens, des ersten Handelsvertrags mit Frankreich.

Auch bei diesem Vertrag hat die gewaltige Machtstellung der großindustriellen Trusts eine entscheidende Rolle gespielt. Waren schon die früheren Staatsverträge nicht zu halten, ohne daß sich die deutsche und die französische Schwerindustrie verständigten, so mußte jetzt erst ein privates Abkommen der beteiligten chemischen Industrien den Weg zu einer Verständigung der Staaten ebnen. Die Nebenregierung der kapitalistischen Machtgruppen zeigte sich auch im vorliegenden Falle mit aller Deutlichkeit. Die internationale Arbeiterschaft wird dafür kämpfen müssen, daß die Reibungen dieser großen privaten Konzerne miteinander nicht auf dem Rücken des arbeitenden Volkes ausgetragen werden. Denn es ist ja schließlich nicht gesagt, daß immer, wie in dem vorliegenden Falle, die gegenseitige Rivalität mit einer Verständigung endet, ohne daß die Handels- und Staatspolitik der aufeinander angewiesenen Staaten darunter leidet.

Aus dem Inhalt des Handelsvertrages.

An wesentlichen Einzelheiten aus dem Handelsvertrag mit Frankreich ist noch folgendes hervorzuheben:

Die Benachteiligung, der deutschen Waren in dem französischen Zolltarif ausgesetzt bleiben, gilt nur bis zum 15. Dezember 1928 und wird dann ebenso wie die deutschen Gegenmaßnahmen hinfällig. An dem genannten Termin tritt also die volle Meistbegünstigung in Kraft. Uebrigens ist die Benachteiligung nur formeller Art. Sie bedeutet jedenfalls für die deutsche Industrie keine Schlechterstellung als für die Industrien anderer Länder, die mit ihr am französischen Markt in Konkurrenz stehen. Die deutschen Industriesachverständigen haben ihr deshalb zugestimmt.

Unter den Gegenmaßnahmen, die Deutschland gegen die Benachteiligung seiner Waren in Frankreich getroffen hat, ist die Beschränkung der Einfuhr französischer Weine auf 360 000 Doppelzentner im Jahr die wichtigste.

Da die deutsche und die französische Regierung von ihren Parlamenten dazu ausdrücklich ermächtigt sind, wird der Vertrag mit Wirkung vom 5. September in Kraft treten. Die deutsche Regierung bedarf dazu nur noch der Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages. Dem Plenum des Reichstages wird das Abkommen nur zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt. Es ist kündbar am 1. April 1929 mit drei Monaten Frist, so daß es frühestens am 30. Juni, also nach 22 Monaten von jetzt ab gerechnet, hinfällig werden kann. Außerdem hat sich Frankreich aber noch ein besonderes Kündigungsrecht für den Fall vorbehalten, daß sein Parlament noch einen neuen Zolltarif beschließt. Da aber bereits der gegenwärtige Vertrag die in Frankreich seit langem geforderte Neuregelung der Zölle bringt, hofft man, daß dieses Kündigungsrecht nur auf dem Papier stehen bleibt. So besteht Grund zu der Annahme, daß dieses Abkommen tatsächlich der endgültige Vertrag mit Frankreich sein wird. **Das wäre dann der erste Handelsvertrag mit Frankreich seit Bestehen des Deutschen Reiches.**

In dem Vertrag sind für alle exportwichtigen Waren Deutschlands diejenigen Erleichterungen erzielt worden, die nach Lage der Dinge erreicht werden konnten. Dagegen haben die deutschen Unterhändler in der Frage der konsularischen Vertretungen nicht alles erlangt, was sie gefordert hatten. So dürfen Konsulate in Marokko nicht errichtet werden, während der Waren- und Schiffsverkehr dorthin nach Art der Meistbegünstigung geregelt ist. In Elsaß-Lothringen hat Deutschland zwar das Recht erhalten, Konsulate zu errichten, muß sich jedoch vorher mit der französischen Regierung ins Einvernehmen setzen. Hier rächt es sich, daß Deutschland nach dem Kriege 1870—71 bis zum Beginn des Weltkrieges auch seinerseits französische Konsulate im Elsaß nicht geduldet hatte. Gegenüber der grundsätzlichen Wichtigkeit des **ganzen Vertrages bedeuten allerdings diese Nachteile wenig.**

Auch doppelzüngig.

Deutsche Volkspartei konkurriert mit den Deutschnationalen

Der Demokratische Zeitungsdienst hatte behauptet, die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei in Berlin habe am Verfassungstag schwarzrotgold geflaggt. Dazu erklärt die „Tägliche Rundschau“:

„Wir können dem Demokratischen Zeitungsdienst verraten, daß das Haus, in dem sich die Räume der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei befinden, sogar doppelt schwarzrotgold beflaggt war. Einmal hatte der Hauswirt, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, eine schwarzrotgoldene Fahne am Hause angebracht, und dann hatte die Reichspost, die in demselben Hause Amtsräume hat, ebenfalls schwarzrotgold geflaggt. Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei hat mit dieser Beflaggung jedoch nichts zu tun. Also war die Freude über den bekehrten Sünder verfrüht.“

Herr v. Kardorff, führender Parlamentarier der Deutschen Volkspartei, hat am Verfassungstag im Reichstag die offizielle Festrede gehalten. Er sprach über Schwarzrotgold:

„Auch wer wie ich mit heißer Liebe an Schwarzweißrot hängt, auch wer wie ich den Wechsel der Farben in der Stunde der Not aus tausendfachen Gründen für einen Fehler, vor allem aber darum für einen Fehler gehalten hat, weil er unser innerpolitisches Leben um einen anscheinend unüberbrückbaren Gegensatz bereichert hat, der muß das eine bekennen, die gesetzlich festgestellten Reichsfarben Schwarzrotgold müssen geachtet werden.

Ein Land, das seine eigenen Farben nicht achtet, kann keinen Anspruch erheben auf Achtung der Welt. Und darüber hinaus werden wir bekennen müssen, daß die **heute geltenden Reichsfarben** mit der **deutschen Geschichte** des vergangenen Jahrhunderts **aufs engste verknüpft sind.**

Denn als die deutsche Burschenschaft nach den Freiheitskriegen sich die Pflege des Glaubens an die innere Freiheit und die Einheit des Vaterlandes zur Aufgabe gemacht hat, wählte sie diese Farben. Und als diese vom hohen Idealismus getragenen Männer in dunkler Zeit ihren Glauben an Deutschlands Einheit und Freiheit mit ihrer bürgerlichen Existenz und mit einem Leben hinter Kerkermauern bezahlen mußten, als sich ein unerhörter Polizeidruck wie ein Mehltau auf fortschrittliches und freiheitliches Denken legte, als diese ideale Bewegung ihr Ende erreicht zu haben schien, da konnte ein Dichter klagend sagen:

„Das Band ist zerschnitten,
War Schwarz, Rot und Gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt.“

Aber es sei weiter daran erinnert, daß am 7. März 1848 von Preußen der Antrag gestellt wurde, beim Bundestag über dem Palais Taxis in der Eschenheimer Gasse die schwarzrotgoldene Fahne zu hissen; — es sei daran erinnert, daß der Kaiser Friedrich als Kronprinz in Versailles sich für diese Fahne ausgesprochen hat, und daß kein Geringerer als Heinrich von Treitschke sie die Farben der deutschen Sehnsucht genannt hat. Und endlich: diese Farben sind das Sinnbild des großdeutschen Gedankens.

Und an diesem großdeutschen Gedanken wollen wir doch festhalten, und wir wollen auch heute der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß auf die Dauer keine Macht der Erde stark genug sein wird, zu verhindern, daß eines Tages das deutsche Deutsch-Oesterreich mit dem Heimatlande, in welcher staatsrechtlichen Form auch immer, vereint und verbunden sein wird.“

So Herr v. Kardorff. Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei in Berlin aber legt Wert darauf, die Farben der Republik nicht zu zeigen und nicht zu achten. Es scheint, daß sie den Ehrgeiz besitzt, eine Konkurrenz in Doppelzüngigkeit und Verlogenheit zwischen deutschnationaler Politik und volksparteilicher Politik zu eröffnen.

Deutsche Kleinstaaterei.

Wildungen verliert die Geduld. — Eine staatsrechtliche Doktorfrage.

Jahrelang schweben zwischen dem Freistaat Waldeck und Preußen Verhandlungen über den Anschluß Waldecks an Preußen. Sie schleppen sich mühselig fort, ein Ende ist nicht abzusehen. Was ist das: Freistaat Waldeck? Ein Ländchen von 1055 Quadratkilometern Flächeninhalt und 55 570 Einwohnern, die sich in der Hauptsache von Ackerbau und Viehzucht ernähren. Verkehr und Handel ist gering. Die innere Verwaltung besorgt Preußen auf Grund eines Staatsvertrages. An der Spitze der Verwaltung steht der Landesdirektor Dr. Schmieding, dem von unseren Genossen schwere Unregelmäßigkeiten vorgeworfen werden. Die Hoheitsrechte nimmt ein Landesausschuß von drei Personen vor, die vom Landtag — 17 Abgeordnete — gewählt sind. Ein Musterstück deutscher Kleinstaaterei!

Nun hat die Stadt Bad Wildungen, die zu diesem Miniaturländchen gehört, die Geduld verloren, wie folgende Meldung zeigt:

„Wie die „Waldeckische Zeitung“ berichtet, hat der Gemeinderat der Stadt Bad Wildungen den Beschluß gefaßt, unabhängig von den zwischen dem Freistaat Waldeck und Preußen schwebenden Auseinandersetzungen mit dem preußischen Innenministerium direkte Verhandlungen über einen Anschluß an Preußen aufzunehmen.“

Der gesunde Menschenverstand sagt Bravo. Die Kenner des Staatsrechts aber werden den Finger an die Nase legen und den Kopf schütteln. Unabhängig von der obersten Landesbehörde direkte Verhandlungen mit der Regierung eines anderen Landes über die Aenderung von Gebiet und Verfassung führen? Ist das nicht Landesverrat, vielleicht sogar Hochverrat? Landesverrat am Ländchen Waldeck zwar, aber immerhin Landesverrat! Eine Doktorfrage für alle, die für den Föderalismus schwärmen.

Waldeck ist ein besonders lächerliches Beispiel für deutsche Kleinstaaterei. Aber liegen die Dinge in Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Hessen, Hamburg, Bremen und Lübeck nicht ganz ähnlich? Wird nicht der gesunde Menschenverstand, der das Ende deutscher Kleinstaaterei fordert, dort überall von starrem lächerlichen Konservatismus vergewaltigt?

Die Reichswehr rückt aus.

Der Zwischenfall auf der Gießener Verfassungsfeier.

In Gießen gab es bekanntlich bei der Verfassungsfeier einen Zwischenfall, weil die Reichswehr während der Rede des Professors Hüter unter Protest den Versammlungsraum verließ und auch der Reichswehrkapelle Anweisung gab, sich zu entfernen. Nach den ersten Meldungen über den Vorfall fühlte sich die Reichswehr dadurch beleidigt, daß der Festredner die Frage der Fürstenabfindung angeschnitten habe. Es liegt ein ausführlicher Bericht über seine Rede vor, und dieser ergibt, daß Professor Hüter die Fürstenabfindung überhaupt nicht erwähnt hat. Seine ganze Rede war darauf aufgebaut, zu beweisen, wie zwangsläufig in Deutschland die Demokratie gekommen ist. Dabei sagte er auch, daß heute sogar die größte monarchistische Partei bei ihrem Eintritt in die Regierung versprochen hat, Schmähungen gegen Schwarzrotgold einzustellen. Er verwies weiter darauf, daß die deutschnationalen Minister den Eid auf die Verfassung geleistet haben, daß ihre Partei und ihre Minister der Verbannung des Exkaisers und dem gesetzlichen Schutz der Republik zugestimmt hatten. Als nun der Satz folgte, der Geschichtsunterricht in den deutschen Schulen sei Fürstengeschichte, zog die Reichswehr demonstrativ ab. Nun folgte ein historischer Rückblick über die Zeit des Despotismus und über die Zeit nach dem Freiheitskriege, wo Schwarzrotgold verboten war; jetzt verließ auch die Reichswehrkapelle das Lokal.

Es ist also nichts anderes geschehen, als daß ein aufrechter Republikaner in einem der Republik geweihten Fest als Demokrat gesprochen hat. In einer historisch durchaus begründeten Weise schilderte er den Werdegang der deutschen Republik und ihre Vorgeschichte. Welche Vorstellungen müssen noch heute in führenden Stellen der Reichswehr herrschen, daß eine derartige Schilderung genügt, um dagegen zu protestieren und mit solchem Protest die republikanischen Festteilnehmer herauszufordern. Das Verhalten des Reichswehrkommandeurs richtet sich vor dem deutschen Volke von selbst. Es steht in der Geschichte des deutschen Heeres unseres Wissens einzig da. Denn es ist nichts bekannt, daß jemals preußisches oder anderes deutsches Militär vor den byzantinischen Tiraden ausgerückt wäre, die bei den offiziellen Kaisergeburtstagsfeiern und ähnlichen Anlässen üblich waren, in den Offizierskasinos jedoch oft genug bewitzelt wurden. Auch Hindenburg hat sich die Rede von Kardorff angehört, obwohl dieser gleichfalls mit historischen Rückblicken die Farben Schwarzrotgold und die Bedeutung der republikanischen Politik gewürdigt hat. Gerade in diesem Vergleich zeigt sich der Mangel an Takt in dem Benehmen der Gießener Reichswehr. Wir sind gespannt, was das **Reichswehrministerium in dieser Sache unternehmen wird.**

Neuorganisation in der Justizverwaltung.

Rationellere Gestaltung der Betriebe.

Nachdem durch Reichsgesetz vom 9. Juli 1927, einem langjährigen Wunsche der Justizbeamtenschaft entsprechend, die Bezeichnungen „Gerichtsschreiber“ und „Gerichtsschreiberei“ durch die Bezeichnungen „Urkundsbeamter der Geschäftsstelle“ und „Geschäftsstelle“ für die reichsgesetzlichen Bestimmungen ersetzt ist, soll die gleiche Regelung demnächst auch in Preußen für die preußischen Gesetze und Verordnungen durchgeführt werden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist ein entsprechender Gesetzentwurf bereits vorgelegt. Gleichzeitig wird auch eine Vorlage über die Dienstverhältnisse der mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle betrauten Beamten beraten werden; dieses Gesetz soll an die Stelle des noch aus dem Jahre 1879 stammenden Gerichtsschreibergesetzes treten. Im Zusammenhang damit wird die Gerichtsschreiberordnung aus dem Jahre 1913 durch eine den neuzeitlichen Verhältnissen angepaßte Personal- und Dienstordnung für das Bureau und die Kanzlei der preußischen Justizbehörden (Buko), die bereits mit dem 1. Juli 1927 für die Arbeitsgerichte in Kraft getreten ist, ersetzt werden.

Das Wesen der Neuregelung besteht darin, daß die in Betracht kommenden Arbeiten in drei Arbeitsgebiete aufgeteilt werden (Arbeitsraten), denen drei Personalgruppen entsprechen: Die schwierigen Bureauarbeiten einschließlich der auf Bureaubeamte übertragenen richterlichen Geschäfte (Rate A) sollen durch die Beamten des schwierigen Bureaudienstes (Beamte der Obersekretärlaufbahn) **wahrgenommen werden.** Die Geschäfte des einfacheren Bureaudienstes, das Registrieren, Protokollführen usw. (Rate B) sollen einer neuzuschaffenden Gruppe von Beamten des einfacheren Bureaudienstes (Registraturbeamten) obliegen. Die reinen Kanzleiarbeiten (Kanzleirate) sollen künftig im wesentlichen durch Angestellte, insbesondere auch durch Stenotypistinnen und Maschinenschreiberinnen erledigt werden.

Die Neuregelung, die einem dringenden Bedürfnis der Verwaltung, auch einem Wunsche des Preußischen Landtags und der gesamten Justizbeamtenschaft entspricht, bedeutet eine wesentliche Etappe auf dem Wege zur rationellen Gestaltung des Justizbehördenbetriebes.

Strafmilderung in Marokko. Das französische Kriegsgericht von Taza hat das Todesurteil gegen den deutschen Fremdenlegionär Klemm, der desertiert war und Abd el Krim als eine Art Generalstabschef gedient hatte, aufgehoben und ihn zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Berufung stützte sich auf eine Namensverwechslung im ersten Prozeß!

Die irische Nationalversammlung hat sich bis zum 11. Oktober vertagt.

Qualität der Produktion.

Von M. Soschtschenko.

Bei meinem Bekannten Gussew wohnte ein Deutscher aus Berlin. Er mietete bei ihnen ein Zimmer. Wohnte bei ihnen fast zwei Monate.

Er war nicht irgendein Finne oder von sonst irgendeiner Nationalminorität, sondern ein richtiger Deutscher aus Berlin. Russisch konnte er gar nicht. Mit seinen Wirten verständigte er sich mit den Händen und mit dem Kopf.

Natürlich kleidete sich dieser Deutsche blendend. Reine Wäsche. Akkurate Hose. Nichts Ueberflüssiges. Direkt wie aus dem Kasterl. Und als dieser Deutsche wegfuhr, ließ er seinen Wirtsleuten viele Sachen zurück. Eine ganze Menge ausländischer Sachen, verschiedene Fläschchen, Kragen, Schächtelchen. Außerdem fast zwei Paar Unterhosen. Und einen Sweater, kaum zerrissen. Dabei spreche ich gar nicht von verschiedenen Kleinigkeiten für Herren- und Damenbedarf.

Das alles legte man in einen Winkel beim Waschtisch.

Die Wirtin, Frau Gussew, eine ehrliche Dame, man kann nichts Schlechtes von ihr sagen, deutete dem Deutschen vor seiner Abreise an: „Bitte, bitte, haben Sie nicht in der Eile irgendwelche ausländische Produktion hiergelassen?“

Der Deutsche schlug mit dem Kopf aus, was bedeuten sollte: „Bitte, bitte, nehmt alles, es ist nicht der Rede wert, ich stehe nicht darum.“

Da verteilten die Wirtsleute die zurückgelassene Produktion. Gussew selbst legte sogar ein ausführliches Verzeichnis der betreffenden Sachen an und zog natürlich gleich den Sweater über und nahm die Unterhosen an sich. Dann ging er zwei Wochen lang herum, die Unterhosen in den Händen. Zeigte sie allen, war übermäßig stolz darauf und lobte die deutsche Qualität.

Die Sachen waren zwar sehr abgetragen und hielten im allgemeinen kaum zusammen, aber es war richtige ausländische Ware, die auch nur anzusehen angenehm war.

Unter den zurückgelassenen Sachen war auch so eine Flasche oder besser gesagt eine ziemlich flache Büchse mit einem Pulver. Das Pulver war im allgemeinen rosafarben und fein. Und hatte einen ziemlich sympathischen Geruch, entweder „Lorigan“ oder vielleicht Rose?

Nach den ersten Tagen der Freude und des Jubels begannen Gussews zu raten, was das für ein Pulver sei. Sie rochen dazu, kauten es und warfen es auf die Herdplatte, konnten aber nicht erraten, was es sei.

Sie trugen es im ganzen Hause herum, zeigten es verschiedenen Spezialisten und anderen Hausintelligenzen, wurden aber nicht klüger davon. Viele sagten, es sei Puder, andere aber behaupteten, es wäre das feine deutsche Talkum für Neugeborene.

Gussew sagte: „Ich brauche das feine deutsche Talkum nicht. Ich habe keine Neugeborenen. Ich lasse es Puder sein. Nach jedem Rasieren werde ich mir damit die Fratze pudern. Ich will auch einmal im Leben kulturell leben.“

Er begann sich zu rasieren und zu pudern. Nach jedem Rasieren ging er rosafarben und blühend herum und duftete beinah. — Rings um ihn selbstredend Neid und Fragen.

Gussew propagierte aber wirklich die deutsche Produktion. Er lobte viel und eifrig die deutsche Ware. „Wieviele Jahre,“ sagte er, „ärgerte ich mich mit verschiedenen russischen Abfällen herum und endlich habe ich das Richtige erlebt. Und wenn dieses Puder einmal ausgehen wird, weiß ich wirklich nicht, was ich machen werde. Ich werde gezwungen sein, mir noch ein Büchschen zu bestellen. Es ist eine zu wundervolle Ware.“

Einen Monat später, als das Puder fast zu Ende ging, kam zu Gussew ein intelligenter Freund. Am Abend beim Teetrinken las er, was auf der Büchse geschrieben stand. Es stellte sich heraus, daß es ein deutsches Mittel gegen Flöhe war.

Sicher wäre ein anderer, weniger lebenslustiger Mensch durch diese Tatsache sehr bedrückt gewesen. Und vielleicht hätte sich sogar bei einem weniger lebenslustigen Menschen vor überflüssigem Argwohn die Fratze mit Hitzblasen und Finnen bedeckt. Gussew war aber nicht so.

„Das verstehe ich“, sagte er. Das ist eben Qualität der Produktion. Das ist eben Höchstleistung. Die Ware ist unübertrefflich. Wenn man will, kann man damit die Fratze pudern oder aber die Flöhe bestreuen. Zu allem kann man es brauchen. Und bei uns?“

Hier lobte Gussew noch einmal die deutsche Produktion und sagte: „Deshalb staunte ich. Einen ganzen Monat lang pudere ich mich und nicht ein einziger Floh hat mich gebissen. Meine Frau, Madame Gussew, beißen sie. Auch meine Söhne kratzen sich verzweifelt ganze Tage lang. Und ich, sehen Sie, gehe herum und nichts geschieht mir. Auch die Insekten spüren die richtige Produktion. Das ist wirklich . . .“

Jetzt war Gussew mit seinem Pulver zu Ende. Wahrscheinlich beißen ihn nun wieder die Flöhe.

(Aus dem Russischen von Elsa Brod.)

Vorstadttheater.

Die Warenhäuser, die Leihhäuser, die Schlemmerlokale, die Tanzpaläste, und sogar die vegetarischen und koscheren Restaurants, alles schiebt sich in den Berliner Westen hinein. Nur die alten Vorstadttheater bleiben stehen. Sie werden manchmal aufgefrischt und erhalten, wie das Central-Theater in der Alten Jakobstraße, eine neue Logenvergoldung und einen neuen Anstrich ihrer verschimmelten Wände. Doch all diese Theater vermorschen langsam hier in der City. Diese Theater liegen in den Höfen, als wenn sie sich schon vor der offenen Straße verstecken müßten. Sie sind eingekeilt zwischen die Kleinbürgerwelt, die noch in den Hinterhäusern **wohnt und vergebens nach frischer Luft schnappt und zwischen die** Kaufmannshäuser, die sich nach der Fassade hin breitmachen. Breitmachen mit Geldschränken und Bureaus und Warenlagern. Da müssen die Schreiber und Lageristen und Expedienten sich zusammenquetschen. Die Materie braucht mehr Platz als die Menschen. Und je mehr Materie aufgestapelt wird, desto schlechter wird die Luft auch in den Vorstadttheatern.

Im Vorstadttheater ist ständig Inventurausverkauf mit herabgesetzten Preisen. Man kann trotzdem nicht sagen, daß darum alle ausgebotenen Ladenhüter schon ganz aus der Mode gekommen sind. Das Stück „Der Herr Verteidiger“ von Molnar und Alfred Halm im Central-Theater, bringt Schwank und Rührstück zugleich. Alles wird im kesselsten Tone abgehandelt. Es entpuppt sich der berühmte Advokat als ein ziemlich fadenscheiniger Ehrenmann. Es bewährt sich der schon achtfach vorbestrafte Dieb als ein Gentleman. Seine Lebensdevise ist: ich bin kein Lump, aber vielleicht ein Genie. Das ist Hundstagfittenlehre. Merkwürdig, wie dieses Centraltheater-Publikum, das auf billige Eintrittspreise und ein gut gepflegtes Zwischenaktbier sieht, sofort dem Diebe Beifall klatscht, wenn er sich getraut, Polizeichef und Advokat als Nullen und Narren zu traktieren. Das ist auch ganz in der Ordnung, weil bei Molnar und Halm diese beiden Koryphäen miserabel wegkommen. So sind wir bei dem Moralwert des Stückes angelangt, ja, wenn die Spitzel und Großmäuler solche Nebbich wären, wie die Autoren es sich träumen, dann würde kein Justizmord auf Erden verübt werden. Dann brauchten wir nicht zu fürchten, daß Sacco und Vanzetti elektrisch geschlachtet werden. Dann würde die Vernunft regieren. Aber die Vernunft soll ja abgeschafft werden in Massachusetts und in der Alten Jakobstraße. Hermann Böttcher und Erich Kaiser-Titz, die sich in den Theatern auf der westlichen Berliner Kante sommerlich nicht behaupten können, beglücken mit ihrer Routine das Vorstadttheater. Man lohnt es ihnen, daß sie die Vernunft auf den Kopf stellen, mit vielen Bravos und sogar mit duftenden Sommerblumen.

Max Hochdorf.

Ueber ihn schrieb Sinclair. In einem Londoner Hotel starb gestern abend an den Folgen einer Herzkrankheit der bekannte Konservenkönig Armour aus Chikago im Alter von 64 Jahren. Der Verstorbene war der Sohn des Begründers der Firma, Philip Armour, gewesen. Er war außerdem im Getreidehandel, Bank- und Eisenbahnwesen interessiert, vor allem gehörten ihm die von Sinclair beschriebenen Schlachthäuser in Chikago.

Volksbühnenjugend. Aussprachearbend am 17. August, 19½ Uhr, in der Schule, Weinmeisterstr. 17. Tagesordnung: Aufbau und Idee der Sonderabteilungen. Vorbereitung der Werbumzüge am 24. (Norden, Osten) und am 25. August (Süden, Neukölln). Veranstaltungen der Werbewoche (29. August bis 3. September).

Keine Verlängerung der Musikausstellung. Der Haupt- und Wirtschaftspolitische Ausschuß der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat gestern beschlossen, unter ausdrücklicher Anerkennung der Bedeutung der Internationalen Musikausstellung von einer Verlängerung Abstand zu nehmen, da die Vorbereitungsarbeiten für die Messe so weit gediehen seien, daß eine Verschiebung der Herbstmesse nicht mehr ins Auge gefaßt werden könne.

Von der Nobelstiftung. Wie mitgeteilt wird, betrug der Hauptfonds der Nobelstiftung am 31. Dezember 1926 30 861 874 Kronen. Daraus ergibt sich, daß die Nobelpreise für das laufende Jahr 121 187 Kronen betragen werden.

Ziehungsbeginn der 5. Klasse.

Unter großem Andrang des Publikums.

Gestern vormittag um 8½ Uhr wurden im Gebäude der Lotteriedirektion in der Jägerstraße von dem technischen Direktor die letzten Prüfungen vorgenommen und die Lose und Gewinne eingeschüttet. Zunächst wurden alle vorliegenden Beschwerden verlesen und dem Publikum die Lose, die angeblich nicht mehr in der Lostrommel sein sollten, gezeigt. Auch sämtliche große Gewinne wurden gezeigt und dann einzeln in die Gewinntrommel gelegt.

Heute vormittag war der Andrang in der Jägerstraße erheblich stärker. Um 8 Uhr sollte die Ziehung beginnen. Als der Zuschauerraum geöffnet wurde, waren sofort alle Bänke besetzt. Nur schubweise konnte das Publikum eingelassen werden. Der Beginn der Ziehung verspätete sich etwas. Die für den heutigen Ziehungstag bestimmten Kommissare sind Beamte der Preußischen Bau- und Finanzdirektion. Sechs Beamte haben vormittags Dienst und sechs nachmittags. Den einzelnen Beamten wird die Art der Tätigkeit von dem technischen Direktor erst zu Beginn der Ziehung angegeben. Einige Minuten nach ½9 Uhr nahmen die drei Ziehungskommissare und hinter ihnen, auf erhöhten Stühlen, die drei Kontrollkommissare ihre Plätze ein. Ein Klingelzeichen verkündete den Beginn. Beide Trommeln werden gedreht und dann die Klappen geöffnet. Zu gleicher Zeit faßt ein Kommissar ein Los, der andere einen Gewinn. Losnummer und Gewinnhöhe werden verlesen. Dann wiederholt der zweite Kommissar, der in der Mitte sitzt, die Angaben und spießt Los und Gewinnrolle auf eine Nadel.

Nachdem die ersten hundert Gewinne gezogen sind, werden die Trommeln geschlossen und gedreht. Die gezogenen Los- und Gewinnröllchen werden auf einen Faden gezogen und versiegelt.

„Bitte, wo ist hier Nr. 57?"

Ein Groß-Berliner Straßenkuriosum.

Eine Straße, die mit 57 zu zählen anfängt und mit 57 am anderen Ende wieder aufhört und mitten dazwischen auch noch ein Grundstück mit der rechtmäßigen Nr. 57 besitzt ... Wie, das gäbe es nicht in Berlin? So etwas käme nur in Schilda vor? O nein, Sie kennen Berlin nicht — oder Sie bedenken wenigstens nicht, daß es erst sieben Jahre her ist, seit es ein einheitliches Groß-Berlin gibt. Und sieben Jahre reichen eben nicht aus, um einen einheitlichen Straßenzug auch einheitlich durchzunumerieren. Beweis: Die Attilastraße in Tempelhof, die künftige große Ausfallstraße im Zuge der Manteuffelstraße, zusammengesetzt aus der alten Attilastraße Tempelhofs und der Tempelhofer Straße Mariendorfs. Eine Straße mit stärkstem Verkehr (nach den Bahnhöfen Mariendorf und Südende), seit Jahren in eifrigster Bebauung begriffen. Und jedes Haus darf numerieren, wie es will, nach alter oder nach neuer Zählung, nach Tempelhofer oder Mariendorfer Muster. Da gibt es also tatsächlich kilometerweit voneinander entfernt zwei Häuser Nr. 57, da gibt es zwei Nachbarhäuser, von denen das eine die Nr. 41, das andere die Nr. 78 trägt! Auch 106 und 56 liegen dicht beieinander!

Bis sich der Bezirk zu einer einheitlichen Numerierung entschließt, geben wir daher zum Nutzen und Frommen unserer Leser, die etwa dienstlich oder außerdienstlich einmal ein Haus in der Attilastraße zu suchen haben, den nachstehnden „Straßenführer" durch das Nummernlabyrinth dieser kuriosen Hauptstraße:

43 laufend bis 57 . . 46 laufend bis 16 . . unbebaut.

Attilastraße.

(künftig) 57. 23 . . 40. 41. 78 laufend bis 97 . . . . 106. 56. 57.

Wir hoffen, daß er dereinst einen Platz im Märkischen Museum erhält als dauernde Erinnerung an das achte Jahr der Einheitsgemeinde Berlin!

Die „Zwillingswagen" der Straßenbahn.

Die erst kürzlich auf der Linie 177 versuchsweise in Betrieb genommenen zehn „Zwillingswagen" haben sich bereits gut bewährt, so daß sich schon jetzt die Straßenbahn mit dem Gedanken trägt, bei Wagenneubestellungen diesem Typ den Vorzug zu geben und ihn auf allen weiteren Linien laufen zu lassen. Die Beobachtungen haben gezeigt, daß die Zwillingswagen eine wesentlich schnellere Abfertigung ermöglichen und auch eine Verminderung der Fahrzeit zur Folge haben. Die bisher geltende Anordnung wurde so geändert, daß ein Motor dem Triebwagen entnommen und in den Anhängewagen eingesetzt wurde, so daß jeder Wagen einen modernen, luftgekühlten Motor erhalten hat. Der zweite Wagen wird dadurch nicht mehr vom ersten gezogen, beide Wagen laufen gleichzeitig an und bremsen gleichmäßig und selbständig. Das Gesamtgewicht des Zuges wird zum Anfahren und Bremsen ausgenutzt; infolgedessen kann mit großer Kraft angefahren und gebremst werden. Durch den nach der Mitte verlegten Eingang konnte die Zahl der Sitzplätze von 24 auf 32 erhöht werden. Zur Unterstützung des Glockenzeichens ist ein Lichtsignal vorgesehen, das bei jedem Anschlag der Glocke des zweiten Wagens auch im Vorderwagen und vor den Augen des Führers aufblitzt. Die Lüftung wurde durch die sogenannten „Flettner-Lüfter" wesentlich verbessert; auch mit den als Schiebetüren angeordneten Eingangstüren, die durch ein Handrad bedient werden, hat man die denkbar besten Erfahrungen gemacht. Im letzten Jahr sind 1000 veraltete Wagen ausrangiert und 1000 neue — die bekannten gelben Wagen — in Dienst gestellt worden. Die alten Wagen wurden nach Herausnahme der Eisenteile vollständig verbrannt, da die Verbrennung die billigste Art der Vernichtung darstellte. Schade um das schöne Brennholz. Zahlreiche arme Familien hätten auch noch die Arbeit des Verbrennens — allerdings im eigenen Ofen — ebenso wie den Abtransport kostenlos übernommen. Die Wirtschaftlichkeit in allen Ehren — aber genau so wie zahlreiche Großfirmen ihre Holzabfälle verkaufen, hätte sie die Straßenbahn oder wer immer hier verantwortlich sein möge, ihr überflüssiges Holz für Heizzwecke abgeben können. Oder haben sie unter Dampfkesseln ein immerhin noch wirtschaftlich einwandfreies Ende gefunden? Vielleicht äußern sich die in Frage kommenden Stellen zu dieser Angelegenheit!

Weitere Vernehmung Gutowskis.

Der Seifenhändler Gutowski wurde in der vergangenen Nacht von Kriminalrat Gennat und Kriminalkommissar Nebe bis in die frühen Morgenstunden hinein weiter verhört. Was er zu den Todesfällen in der Rosenthaler Straße und in seiner Wohnung in der Kurfürstenstraße ausgesagt hat, ist bereits bekannt. Mit anderen ungeklärten Todesfällen will er nichts zu tun haben. Er bestreitet, daß außer der Hedwig Oesterreich in seiner Wohnung ein Mädchen gestorben oder gar von ihm zerstückelt worden sei. Für die Zeit, die für den Tod der Hausangestellten Frieda Ahrendt, die Zerstückelung ihrer Leiche und die Beseitigung der Leichenteile in Betracht kommt, machte er bestimmte Alibiangaben, die genau festgelegt wurden und jetzt im einzelnen nachgeprüft werden. Unter den Sachen, die in der Wohnung gefunden und beschlagnahmt wurden, befinden sich auch blutbefleckte Wäschestücke, und zwar Leib- und Bettwäsche. Gutowski gibt für diese Besudelungen eine Erklärung, die, wenn sie sich bestätigt, harmlos wäre. Das ganze beschlagnahmte Material muß noch chemisch untersucht werden. Daß er häufiger Besuch von Straßenmädchen und auch von anderen Mädchen in seiner Wohnung gehabt hat, bestreitet der Verhaftete nicht. Er wird heute, nachdem die Verhöre nunmehr abgeschlossen sind, wegen Totschlages dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Eine ganze Familie verschwunden.

Zwei geheimnisvolle Kriminalfälle.

Fast zu gleicher Zeit werden die Behörden auf zwei höchst merkwürdige und geheimnisvolle Kriminalfälle aufmerksam, die seit Jahren unaufgeklärt sind, aber an den Orten, an denen sie sich zugetragen haben, unausgesetzt die Gemüter beschäftigen. Es sind in dem ersten Fall jetzt genau 2½ Jahre her, daß die Familie des Bergmannes Broda in Recklinghausen, bestehend aus der Frau Broda und ihren fünf unmündigen Kindern, wie vom Erdboden verschwunden ist. Alle Recherchen der Polizei ganz Deutschlands blieben bisher ohne jeden Erfolg, und es scheint, als sollte der rätselhafte Verbleib der Personen in ewiges Dunkel gehüllt bleiben. Der zweite Fall hat sich in Görlitz zugetragen und liegt bereits 8 Jahre zurück. Hier handelte es sich um eine damals 35jährige Postbeamtin Hildegard Fritsche, die von einem Gang zum Postkasten nicht zurückgekehrt ist und seitdem spurlos verschwunden ist.

Im Februar des Jahres 1925, also vor nunmehr zweieinhalb Jahren, tauchte in Recklinghausen zum ersten Male das Gerücht von dem spurlosen Verschwinden der Familie Broda auf. Der Ehemann Broda, ein Mann in den Vierzigern, gab an, Frau und Kinder zur Bahn gebracht zu haben, damit sie zu Verwandten in dem nahen Lünen fahren sollten, denn Broda, der auch mit seiner Familie in Unfrieden lebte, war arbeitslos, und es ging ihm herzlich schlecht. Aber weder Frau noch Kinder sind in Lünen angekommen, trotzdem Broda sie bis auf den Bahnsteig geleitet hatte und auch die Fahrkarten nach Lünen gelöst haben wollte. Im Laufe der Zeit recherchierte die Polizei auch nach der Richtung hin, ob die Frau mit ihren fünf Kindern nicht etwa in die ostpreußische Heimat gefahren sein könne. Aber nichts, rein gar nichts ist von den sechs Personen bisher ermittelt worden. Was Wunder, wenn die Polizei eine sorgfältige Beobachtung des Bergmannes Broda vornahm und ihn mit allen polizeilichen und psychologischen Mitteln bearbeitete, um ein eventuelles Geheimnis zu lüften. Es war aber nichts aus ihm herauszubekommen. Die Polizei ist jedoch der festen Ueberzeugung, daß Broda, dem die große Familie unter den obwaltenden Umständen eine Last sein mußte,

seine Frau und Kinder ermordet

hat. Nach zweijähriger Untersuchungshaft mußte man den Verdächtigen aus dem Gefängnis entlassen. . . . Ein neuer furchtbarer Verdacht tauchte mit einem Male gegen den Bergmann auf. Man entsann sich, daß zur fast selben Zeit, als das Verschwinden der Familie Broda bekannt wurde, die großen Schlackenhalden auf Zeche Graf Blumenthal, die in unmittelbarer Nähe liegen, auf unerklärliche Weise in Brand geraten waren. Der Brand dauerte wochenlang an. Wenn es wahr ist, was jetzt gemunkelt wird, daß der Verbrecher die Opfer betäubt und dann auf die Schlackenhalden gebracht hat und diese dann anzündete, dann ist ein Aufhellen des Verbrechens nicht möglich. Nur ein Geständnis des Wissenden kann die Bevölkerung des Gebietes von einem schweren Druck befreien, unter dem sie steht, solange das Thema Broda besteht. Wie es heißt, hat die Polizei die Untersuchung jetzt nach einer anderen Seite hin vorgenommen, über deren Ergebnis aber noch nichts gesagt werden kann.

Ebenso rätselhaft und unheimlich ist das Verschwinden der Postbeamtin Hildegard Fritsche aus Görlitz. Am 20. Oktober 1919 war sie wie üblich nachmittags 4 Uhr aus ihrem Dienst gekommen, den sie seit 10 Jahren zur vollen Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten ausgeübt hatte. Sie ging dann bis 7 Uhr spazieren. Als sie zurückkehrte, stand das Abendbrot bereits auf dem Tisch. Sie ging aber mit dem Bemerken wieder hinaus, daß sie rasch noch eine Postkarte in den Kasten stecken wolle und gleich wiederkommen werde.

Von diesem Ausgange ist sie nicht zurückgekehrt.

Sie kann nicht die Absicht gehabt haben, wegzubleiben, denn sie hatte weder Mantel noch Hut noch Handtasche oder dergleichen, auch keinen Pfennig Geld mitgenommen. Der Briefkasten ist nur sieben Minuten von der Wohnung entfernt. Die sorgfältigsten Nachforschungen haben auch nicht die geringste Spur von dem Verbleib der Vermißten ergeben. Niemand hat sie auf dem Wege nach dem Briefkasten beobachtet oder gesehen, wohin sie sich von da aus gewandt hatte. Auch unter den unbekannten Leichen ist die ihrige nicht gefunden worden. Bekanntschaften pflegte die Vermißte nur mit Herren, die auch in ihrer Familie verkehrten. Keiner von ihnen hat eine Ahnung, was sie veranlaßt haben könnte, das Elternhaus zu verlassen. Ganz flüchtig hatte sie, wie festgestellt wurde, einen Mann kennengelernt, der damals noch in einem Militärverhältnis stand aber am 21. Oktober entlassen werden sollte. Diesen Mann hatte sie drei- oder viermal vorübergehend gesprochen. Ob er mit ihrem Verschwinden in Verbindung steht, weiß man nicht, denn es war nicht möglich, ihn zu ermitteln. Man weiß auch gar nicht, wie er heißt. Weil man annehmen muß, daß das Mädchen einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, so hat jetzt die Mordkommission der Kriminalpolizei die Nachforschungen noch einmal aufgenommen und erbittet Mitteilungen, die irgendwie zur Aufklärung beitragen können. Hildegard Fritsche, die jetzt 43 Jahre alt sein müßte, ist 1,68 Meter groß, von schmächtiger Figur, hat graue Augen, eine etwas aufgeworfene Oberlippe und trug zwei falsche Zöpfe. Besondere Kennzeichen sind eine Brandnarbe am linken Arm und eine Blinddarmoperationsnarbe. Als Schmuck trug sie an der linken Hand einen Trauring mit der Gravierung F. A. F. 16. 10. 52.

Die Junkers-Werke in der Abwehr.

Die Wetteraussichten waren günstige.

Das Ergebnis der gestrigen Dessauer Beratungen über die Wiederholung des Ozeanfluges ist von einigen Blättern so ausgelegt worden, als hätten die Junkers-Werke auf einen neuen Versuch überhaupt verzichtet. Wie das Wolff-Bureau von einer Junkers nahestehenden Seite erfährt, trifft diese Auffassung aber nicht zu. **Das Projekt des Ozeanfluges wird von den Junkers-Werken auch weiter betrieben,** allerdings nicht mit irgendwelcher Rekordüberstürzung, sondern mit der ruhigen Sachlichkeit und Ueberlegung, die auch, wie in der Presse durchaus anerkannt wurde, den Vorbereitungen des ersten Versuchs zugrunde lag. In diesem Zusammenhang wird übrigens auch die Darstellung als falsch bezeichnet, wonach der Start am Sonntag nur aus Prestigegründen erfolgt sei, obgleich die Wettermeldungen ausdrücklich abgeraten hätten. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß die Hamburger Seewarte, ebenso wie die anderen beratenden Meteorologen, die Wetterlage am Sonntag als besonders günstig dargestellt haben. Entscheidend war dabei, daß man den Flugzeugen, wenn sie die verabredete Nordroute über die Orkney-Inseln wählten, auf dem größten Teil des Weges nach Amerika günstiges Wetter und sogar Rückenwind voraussagte. Auf der Nordsee fanden die Maschinen dann aber so außerordentlich schlechtes Wetter, daß es ihnen unmöglich war, überhaupt bis zur Nordroute durchzudringen. Diese Tatsache bestimmte das Schicksal des Fluges.

Feuer auf Bahnhof Köpenick.

Mehrere Züge der Feuerwehr waren gestern nacht fast zehn Stunden lang mit der Bekämpfung eines gefährlichen Feuers auf dem Bahnhof Köpenick beschäftigt. In dem Lagerraum eines Bahnhofsgebäudes, in dem viele hundert Zentner Preßkohlen lagerten, war vermutlich infolge Selbstentzündung Feuer entstanden. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als ein Teil des Preßkohlenvorrates in Flammen stand. Große Wassermengen mußten in den Brandherd geschleudert werden. Erst gegen 11 Uhr vormittags waren die Ablösch- und Aufräumungsarbeiten beendet. Etwa 25 000 Kilo Preßkohlen fielen den Flammen zum Opfer. — — In einer Tischlerei auf dem Grundstück Urbanstraße 19 brach heute früh gegen 4 Uhr Feuer aus, das sich in kurzer Zeit auf den ganzen Betrieb ausdehnte. Der Feuerwehr, die mit zwei Löschzügen anrückte, gelang es, das Feuer nach fast dreistündiger Tätigkeit niederzukämpfen. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Die Zwangsvorführung.

Ueber eine sehr rigorose Behandlung eines Angeklagten durch das Amtsgericht Neukölln wird uns berichtet. Der Redakteur eines Mitteilungsblattes für die Großsiedlung Britz war angeklagt, eine Berichtigung nicht gebracht zu haben. Den ersten Termin versäumte der Angeklagte. Noch bevor er auf sein Versäumnis aufmerksam wurde, stellte das Gericht die Vorladung zu einem zweiten Termin zu. In dieser Vorladung war der übliche Satz eingedruckt: „Bei Nichterscheinen erfolgt Zwangsvorführung". Trotz dieser Ankündigung kamen am Morgen, an dem der Termin stattfinden sollte, zwei Polizeibeamte mit einem Haft- und Vorführungsbefehl. Der Angeklagte durfte von morgens um sechs Uhr bis zum Beginn des Prozesses auf dem Polizeirevier warten. Wenn auch zugegeben werden soll, daß es notwendig sein kann, sich des Angeklagten durch Haftbefehl zu sichern, so muß doch gesagt sein: Bei derart lächerlich geringen Strafdelikten hätte eine Androhung von Geldstrafe bei Nichterscheinen weit besser gewirkt. Derartige Maßnahmen sind völlig überflüssig und wirken schikanös. Es ist an der Zeit, daß die Aufsichtsbehörde einmal dem Amtsgericht Neukölln auf die Finger sieht, ob dort nicht weit über das Maß mit derartigen Methoden gearbeitet wird. An das Polizeipräsidium sei die Frage gestattet, ob es nicht taktvoller wäre, wenigstens für derartige Zwangsvorführungen Beamte in Zivil zu verwenden? Der Reviervorsteher des Bureaus in der Lahnstraße in Neukölln hat, das soll hervorgehoben werden, wenigstens die Vorführung vor das Amtsgericht durch einen Beamten in Zivil vornehmen lassen.

Seinen 60. Geburtstag beging Genosse August Strelow, Mitglied der 10. Abteilung, am 15. August. Seit 35 Jahren hat er als Funktionär der Partei stets in vorbildlicher Weise unermüdlich in der Kleinarbeit seinen Mann gestanden.

Bauernrennen.

Der große Tag von Buckow.

Auf zum Bauernwettreiten! prahlen Plakate in den südlichen Vororten. Der Berliner, der glaubt, daß die Grenze der Vergnügen am Spreetunnel in Stralau endet, fühlt sich geschlagen, denn ein Bauernreiten hat er noch nicht mitgemacht. So ist auch eine andächtig zuschauende Menge auf dem flachen Stoppelfeld der Buckower Dorfmark versammelt, eine größere steht hinter den Dorfgärten und an den Wegrainen als Zaungäste, obwohl sie von hier aus nur den Hall der Sensationen empfindet, die vom Feld herüberschallen. Da drinnen aber sind die bevorzugten Gäste, es ist auch in Buckow wie überall, das zahlende Publikum hat den Vortritt.

Alles zeigt die laute Angeregtheit des großen Vorganges, daß nunmehr die Buckower Bauern reiten. Die mehrere Kilometer lange Bahn auf einem abgeernteten Roggenfeld ist dicht bestanden mit Zuschauern aller Schichten, Alters und verschiedenen Geschlechts. An den Biertheken dagegen stehen die rechten und echten Bauern, die nur gelegentlich einen Blick auf die Bahn werfen, wenn es gilt, eine Behauptung gegen die andere zu stellen, welches Pferd welchen Besitzers das jeweilige Rennen machen wird. Der unterliegende Teil ist dann meist auch derjenige, der die Zeche für die Runde zu bezahlen hat. Hinter diesen Vergnügungssüchtigen ist die Hautevolee aufgefahren, die stehend auf ihren schmucken Zweispännern gleichsam die Tribünenplätze einnimmt. Schlachtermeister Lehmann aus Berlin SO. und Pferdehändler Schultze aus Neukölln zeigen, daß bei ihren Familien noch alles beieinander ist und daß es ihnen gut geht.

Mittlerweile wickelt sich auf dem Gelände das große Programm ab, das mit musikalischen Einlagen einer handfesten Kapelle gewürzt, mit Tusch und Trara darin besteht, Zug- und Ackerpferde, auch solche vielleicht mit Halbblut, also keine berufsmäßigen Rennpferde, über den Acker zu jagen. Sie werden von kühnen und zähen Burschen geritten, meist von den Söhnen der Besitzer, die eine gute Figur auf den Pferden machen, als wären sie geborene Kavalleristen. Ein harmloses und natürliches Vergnügen, gegen das man nichts einzuwenden hat und das sogar zu begrüßen wäre, könnte man nur den Reitern mehr Pferdeverstand wünschen. Sie sollten ihren Tieren jetzt nach der schweren Arbeit der Ernte ein wenig Ruhe gönnen. Dagegen glaubt man bei den Pferden, die diese Rennen bestreiten, umgekehrt mehr Menschenverstand wahrnehmen zu können; bei einem Teil zeigt er sich darin, daß sie trotz der Schwere der Aufgabe Feuer und Temperament genug aufbringen, als erste durchs Ziel zu schießen, bei einem anderen auch wieder in der Bedächtigkeit und Schlauheit dieser undressierten guten Geschöpfe, wie sie z. B. beim Hürdenspringen erst einmal mit dem Vorderfuß gegen die Hindernisse stoßen und wenn diese umfallen, froh ihren Weg weiter fortsetzen. Da hilft dann keine Empörung und kein Spott der enttäuschten Zuschauer, so ein Bauerngaul hat seinen Kopf für sich.

So sind eine Anzahl großer Erlebnisse an diesem Sonntagnachmittage zu registrieren, nicht zuletzt das, daß es auch in Buckow schön ist und daß es sogar mit der Elektrischen zu erreichen ist. Aber hoffentlich gibt diese Feststellung nicht Anlaß, die Bauernrennen künftig als Attraktion dem Stadtrummel einzureihen, dazu wären sie zu schade.

Auf den Schienen tot aufgefunden.

In der Nähe vom Bahnhof Zehlendorf, zwischen den Kilometersteinen 13,2 und 13,3, auf dem Bahngleis der Fernbahn Berlin—Potsdam wurde heute morgen 5 Uhr die völlig verstümmelte Leiche eines Mannes gefunden, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, bedarf noch der Aufklärung. Die Leiche wurde in die Friedhofshalle in Zehlendorf gebracht.

Erdbebenopfer in Turkestan.

London, 17. August.

Wie Reuter aus Moskau meldet, sind bei dem letzten Erdbeben in Namangan in Turkestan 130 unterirdische Erschütterungen registriert worden. Im ganzen wurden ungefähr 500 Häuser zerstört und über 2500 beschädigt. Der angerichtete Schaden soll sich auf über eine Million Rubel belaufen. Die Zahl der Toten hat sich auf 30 bis 40 Personen, die der Verwundeten auf 70 bis 80 erhöht.

Die Notlage der Bildhauer.

Soll das Kunstgewerbe aussterben?

Wenn ein Verurteilter vom Leben zum Tode befördert werden soll, erhält er noch einmal das Recht der freien Meinungsäußerung, dazu eine Henkermahlzeit nach freier Auswahl. In einer ähnlichen Lage befinden sich die im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten kunstgewerblichen bzw. kunsthandwerklichen Bildhauer, wenn die Richtung der neuen reinen Sachlichkeit und Zweckmäßigkeit mit dem Schlagwort „Form ohne Ornament" einzig und allein ausschlaggebend wird.

Bei einer Besprechung der Wohnbauausstellung in Stuttgart im „Vorwärts" vom 2. August 1927 Abendausgabe „Eine soziale Bauausstellung" wurde auf diese neue Richtung der Architektur hingewiesen und daß man das beinahe den Stil unserer Zeit nennen könne. Daran schließt sich der Vergleich des Hauses mit einer Wohnmaschine, „befreit vom Ballast sentimentaler Ornamente, ein lebendes atmendes Nutzwesen: schreckhaft noch anzuschauen für den Banausen und ewigen Spießbürger, der alles so haben will, wie es bei Großväterchen war".

Letzteres ist es, was mich veranlaßt, dem Drängen meiner Kollegen nachzugeben und den Versuch zu machen, den „Vorwärts" als unser führendes Arbeiterblatt auch für die Notlage der kunstgewerblichen Bildhauer zu interessieren. Notschreie der Künstler waren des öfteren schon im Feuilleton des „Vorwärts" zu lesen, wir wünschen, als freigewerkschaftliche Arbeiter im gewerkschaftlichen Teil gehört zu werden.

Das kaufkräftige Publikum wird durch die bürgerliche Presse beeinflußt. Die Arbeiterpresse sollte aber auch in dieser Frage derer gedenken, denen die völlige Ausschließung aus dem Produktionsprozeß droht, denn das wäre unzweifelhaft die Folge der Ablehnung jeder plastischen Schmucks. Nu, wenn schon! Die Pferdedroschkenkutscher haben sich ja auch damit abfinden müssen, daß das Auto im Verkehrswesen dominierend geworden ist! Es fragt sich nur, ob alle diejenigen so ohne weiteres als ewige Spießbürger oder Banausen anzusprechen sind, die zwar gegen die Autoraserei, nicht aber gegen die Entwicklung der Technik an sich, und ebenso gegen Sportsexerei und Brutalität des Boxens und nicht gegen die die Jugend kräftigende Sportbewegung sich wenden. Noch viel weniger aber diejenigen, die aus ihrem Schönheitsempfinden heraus sich gegen den Stil der neuen reinen Sachlichkeit ohne jedweden ornamentalen Schmuck auflehnen.

Die Sozialdemokratische Partei war schon immer bestrebt, auch das Interesse für das weite Kunstgebiet, und was damit in engem Zusammenhang steht, Kunstgewerbe und Kunsthandwerk, bei ihren Anhängern zu wecken. Es handelt sich hier nicht allein um die Behebung der beruflichen Notlage der Bildhauer, sondern um die Vertretung des Standpunktes, daß ein revolutionäres Zeitalter wohl eine neue Stilrichtung bedingt, daß damit aber durchaus nicht gesagt ist, die glatte Fläche sei einzig und allein das den neuen Stil Kennzeichnende. Den neuen Ausdrucksformen können und wollen wir nicht widerstreben, am wenigsten in unseren Siedlungsanlagen, wo der reine Zweckmäßigkeitsstil schon durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse gegeben ist, und trotzdem könnte auch hier dem künstlerischen Schönheitsempfinden über die glatte Form und Fläche hinaus durch dezente Verwendung plastischen Ornaments Rechnung getragen werden; um wieviel mehr bei repräsentativen Gebäuden und besseren Innen- und Wohnungsausstattungen.

Gibt uns doch die Natur die schönsten Vorbilder, und nur der Spießbürger und Banause geht achtlos an Kunstformen der Natur vorüber.

Der Deutsche Holzarbeiterverband wirkt für alle seine Berufs- und Branchengruppen und so auch für die Bildhauer, nicht nur durch Herausgabe der Sonderhefte „Die Bildhauerei" mit zahlreichen Abbildungen, auch in neuzeitlichen Stilformen, sondern auch durch Maßnahmen zur Belebung des Bildhauerberufs durch Eingaben an Behörden zwecks Arbeitsbeschaffung, durch Beschränkung der Lehrlingszahl in Anbetracht der Notlage der Bildhauer, andererseits aber dadurch, daß der jugendliche Nachwuchs zur Ausbildung in guten Fachschulen als Ergänzung der Werkstattlehre angehalten wird.

Wenn allerdings die neue Stilrichtung der glatten Fläche obsiegt und das kaufkräftige Publikum zur Abstinenz auf dem kunstgewerblichen Gebiet erzogen wird, dann ist der Bildhauerberuf völlig überflüssig. Dann ist es aber auch ein Verbrechen, nur einen einzigen jungen Menschen Bildhauer werden zu lassen. Schreiber dieses hat aber andere Anschauungen von Kultur- und Kunstentwicklung. Das Schmuckbedürfnis wird nach Ueberwindung unserer allgemeinen Wirtschaftslage auch auf dem Gebiete der plastischen Gestaltung wieder so rege sein, daß es zu einer Gesundung des Bildhauerberufs kommen wird. Darin sollte uns auch die Arbeiterpresse unterstützen.

P. Dupont.

Sozialpolitik gegen Angestellte.

Der Vorstoß der Grubenbesitzer.

Der Vorstoß der Grubenunternehmer und ihrer deutschnationalen Helfershelfer im Reichstag zum Zweck der Herausnahme der kaufmännischen Angestellten aus dem Reichsknappschaftsgesetz stößt auch außerhalb der Reihen der Angestellten auf immer stärkeren Widerstand. So weist „Die Reichsversicherung" darauf hin, daß mit dem Ausscheiden ihrer kaufmännischen Angestellten aus der Angestelltenpensionskasse eine erhebliche Minderung des Kreises der Beitragszahler eintreten und die hohe Entschädigungslast auf eine geringere Zahl von Angestellten abgewälzt werden würde. Praktisch wäre damit die Leistungsfähigkeit der Angestelltenpensionskasse endgültig erledigt.

Die Schicksalsgemeinschaft der beiden Gruppen der Angestellten im Bergbau wird also wohl einen anderen Weg einschlagen müssen, als ihn der deutschnationale Antrag Lambach-Leopold im Reichstag vorgeschlagen hat. Das ist sicherlich auch die Ansicht der maßgebenden Stellen im Arbeitsministerium.

„Der Internationale Gewerkschaftstag."

Mit dieser Ueberschrift versehen, brachte die „Rote Fahne" am Dienstag früh einen Artikel, der mit den folgenden Sätzen eingeleitet wurde:

„Zum 28. August ruft, im Rahmen des alljährlichen Internationalen Gewerkschaftstages, der Ortsausschuß Berlin des ADGB. zu einer Propagandakundgebung in Treptow auf. Anschließend soll in den Treptower Lokalen ein Gewerkschaftsfest arrangiert werden."

Weil in den weiteren Ausführungen die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert wurden, diese Gelegenheit zur Propaganda für die KPD. zu gebrauchen, sie gegen die Gewerkschaften zu mißbrauchen, wandten wir uns gegen die Anmaßung der KPD.-Zentrale. Nebenbei erwähnten wir, daß der IGB. nur ausnahmsweise im vergangenen Jahre zur Feier seines 25jährigen Bestehens eine internationale Werbewoche veranstaltet hatte, es also nicht zutrifft, daß es sich um eine ständige Einrichtung des IGB. handelt, was eine „Gewerkschaftszentrale", wie die KPD. sie unterhält, eigentlich wissen müßte.

Bezeichnend ist nun, wie die „Rote Fahne" operiert, um ihre Unkenntnis in gewerkschaftlichen Angelegenheiten vor ihren Lesern zu verschleiern. Die Geschichte von dem „Internationalen Gewerkschaftstag", die sie erzählt hat und die ihr als falsch nachgewiesen wurde, benutzt sie zu einem zwar völlig unangebrachten, dafür aber um so einfältigeren Angriff auf den IGB., indem sie heute u. a. schreibt:

„Daß der Berliner Ortsausschuß des ADGB. isoliert zu der Kundgebung aufruft, und daß der IGB. gerade in diesem Jahr der zugespitzen imperialistischen Konflikte und der verschärften Ausbeutung der Arbeitermassen nicht zu einem einheitlichen internationalen Demonstrations- und Werbetag aufgerufen hat, ist ebenfalls blamabel für den IGB. selbst und mit ihm für die deutschen Gewerkschaftsspitzen."

So oder so, der IGB. muß heruntergerissen werden von den Kommunisten. Ihr ganzer „Kampf" gegen „imperialistische Konflikte" wie gegen die Ausbeutung der Arbeitermassen erschöpft sich darin, der „reformistischen" Gewerkschaftsbewegung bei jeder Gelegenheit in den Rücken zu fallen und sie gleich der Sozialdemokratie fortgesetzt zu beschimpfen. Und darin ist die KPD. samt ihrer „Roten Fahne" ziemlich stark.

Wenn diese „Gewerkschaftsfreunde" die Absicht haben, auch das Berliner Gewerkschaftsfest am 28. August durch allerlei Quertreibereien zu stören, dann muß der Ausführung der kommunistischen Anschläge, es zu einer kommunistischen Parteidemonstration abzustempeln, vorgebeugt werden.

Gegenseitigkeit mit Polen.

In der Erwerbslosenfürsorge.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst auf Grund eines Runderlasses des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister bestimmt, daß polnischen Staatsangehörigen im Deutschen Reiche die Erwerbslosen- und die Krisenfürsorge unter den gleichen Voraussetzungen und in gleichem Umfange zu gewähren ist wie deutschen Reichsangehörigen. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der staatlichen Notstandshilfe, die den Deutschen in Polen gewährt werden, sind als gleichwertig denen der deutschen Erwerbslosenfürsorge und Krisenfürsorge anzusehen; die Gegenseitigkeit ist daher als verbürgt anzusehen.

Diese Anordnungen gelten nicht für landwirtschaftliche Wanderarbeiter polnischer Staatsangehörigkeit, die durch die 8. Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 24. März d. J. von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge befreit sind. Diese Personen können die Leistungen der deutschen Erwerbslosenfürsorge auch in Zukunft nicht erhalten.

Gewerkschaftliches Erwachen in Asien.

Der Delegierte des Allindischen Gewerkschaftskongresses, Giri, der die indischen Arbeiter auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vertrat, hat sich, wie der „Soz. Pressedienst" aus Bombay erfährt, bei seiner Rückkehr nach Indien in bemerkenswerter Weise über die Ergebnisse der Tagung geäußert. Als wichtigstes Resultat der Zusammenkunft für Asien erscheint ihm die zum erstenmal praktisch gewordene Zusammenarbeit der Gewerkschaftsorganisationen des Fernen Ostens. Die Arbeitervertreter Indiens, Japans und Chinas seien täglich zu Beratungen über ihre Haltung zu den verschiedenen Fragen zusammengekommen. Dabei habe sich das Bedürfnis nach dauernder enger Zusammenarbeit herausgestellt, und die Gründung eines übernationalen asiatischen Gewerkschaftskomitees sei nur noch eine Frage der allernächsten Zeit. Zunächst sei die Entsendung einer indischen Arbeiterdelegation nach Japan und ein Gegenbesuch japanischer Arbeiter in Indien beabsichtigt. Auch mit China sei ein Austausch von Abordnungen geplant, um eine einheitliche gewerkschaftliche Aktion der drei großen Länder des Fernen Ostens vorzubereiten.

Aufgehobene Sperre. Die Sperre über das Lokal Blumengarten, Oberschöneweide, Inhaber Körtig, wird hiermit aufgehoben. Die Forderungen des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten wurden bewilligt.

Die Zahl der Arbeitslosen in Wien ist in der ersten Hälfte des August um 455 auf 75 416 gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr wurden 8895 weniger Arbeitslose gezählt.

Wirtschaft

Der Petroleumkampf in Indien.

Aus Kalkutta wird uns geschrieben: Indien ist zu einem der wichtigsten Kriegsschauplätze für den Kampf ausersehen, der zwischen den englischen und amerikanischen Petroleuminteressenten um die Beherrschung des internationalen Erdölmarktes geführt wird. Das russische Naphthasyndikat beabsichtigt nach einer Vereinbarung mit der Standard-Oil-Company gegen 100 000 Tonnen Petroleum nach der Levante und dem Fernen Osten zu liefern, der das Monopol der englischen Royal-Dutch-Shell im Orient brechen soll.

Von den britischen Petroleumgesellschaften wird als Gegenmine der Versuch gemacht, die anglo-indische Regierung zum Erlaß eines Einfuhrverbots für russisches Petroleum nach Indien zu bewegen. Das Einfuhrverbot soll mit der Begründung erfolgen, daß das russische Petroleum Privatbesitz ist, der von der Sowjetregierung widerrechtlich beschlagnahmt worden ist.

Ernteaussichten in Amerika.

Nach den von der amerikanischen Regierung dem Internationalen Ackerbauinstitut in Rom übermittelten Ernteergebnissen stellt sich für den Bereich der Vereinigten Staaten von Nordamerika der Gesamtertrag an Getreide auf 213 648 Millionen Doppelzentner. Der Ertrag ist mithin um 2,3 Proz. größer als im Jahre 1926 und um 5,8 Proz. größer als im Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1925.

Der Ertrag an Roggen wird mit 15 621 600 Doppelzentner angegeben. Er liegt also über dem Ertrag des Jahres 1926. Der Ertrag an Wintergetreide dagegen macht mit 150 441 Millionen Doppelzentner nur 88,2 Proz. der vorjährigen Produktion aus. Dabei muß aber das immerhin sehr gute Vorjahr in Frage gezogen werden. So liegt denn auch der Ertrag 1927 um ungefähr 4 bis 5 Proz. über dem Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1925. Gut wird der Ausfall des Frühgetreides veranschlagt (81 206 600 Doppelzentner). Die Schätzung bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 45,3 Proz. und ein Mehr von 17,7 Proz. verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1925.

Belebung in der Brückenbauindustrie. Auch in der Brückenbauindustrie, die in weit höherem Maße als andere Zweige der Eisenkonstruktion unter Beschäftigungsmangel litt, macht sich seit einigen Monaten ein kräftiger Aufschwung bemerkbar. So teilt die A.-G. für Eisenindustrie und Brückenbau (vorm. Johann Caspar Harkort) in Duisburg bei ihrem jetzt vorliegenden Jahresabschluß mit, daß die aus dem Vorjahr herübergenommenen und im ersten Halbjahr neu eingegangenen Aufträge die Beschäftigung für eine Reihe von Monaten sicherstellen. Darunter befinden sich auch zwei langfristige Großbrückenaufträge. Die Bilanz hat sich nach der notwendigen Umstellung des Unternehmens erheblich verbessert. Durch Zusammenlegung des Aktienkapitals von 3 auf 2 Millionen, durch umfangreiche Grundstücksverkäufe waren außerordentliche Abschreibungen auf die überbewerteten Anlagen sowie die Beseitigung des Verlustes von 510 000 M. aus dem Vorjahre möglich. Gegenüber dem hohen Vorjahrsverlust wurde 1926 ein Reingewinn von 93 000 M. erzielt. Auch die finanzielle Lage zeigt nicht mehr die Anspannung der letzten Bilanz. Die Gesellschaft verteilt auf die 250 000 M. Vorzugsaktien die rückständige satzungsgemäße Dividende für 1924 und 1925 und gleichfalls für das abgelaufene Jahr in Höhe von 6 Proz.

Aus dem Reiche der AEG. In Verbindung mit der kürzlich veröffentlichten Meldung über Kapitalerhöhung bei der AEG. ist die Absicht der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, gleichfalls eine Erhöhung des Kapitals um 5 auf 30,0 Millionen vorzunehmen, von besonderem Interesse. Auch diese Gesellschaft, die den AEG.-Konzern sehr nahe steht, begründet die Notwendigkeit einer Kapitalerhöhung mit der Erweiterung der von ihr betriebenen oder kontrollierten Unternehmungen. Ferner erfordern die Beteiligung am Elektrizitätswerk Angora neue Mittel. — Die Bank elektrischer Werke bringt eine Dividende von 10 Proz. gegen 9 Proz. im Vorjahr in Vorschlag. Auch dieses Elektrounternehmen, an dem die AEG. gleichfalls maßgebend beteiligt ist, muß demnach ein reiches Gewinnjahr zum Abschluß bringen.

Die Ufa (Universum-Film A.-G.) teilt mit, daß sie mit der Metro Goldwyn und mit der Famous Players-Gesellschaft in New York neue abgeänderte Verträge über den Austausch von Filmen abgeschlossen hat, deren Einzelheiten noch festzulegen sind.

Die Not der Ostmark ist das Leitmotiv einer Grenzmarktagung der deutschen Bodenreformer am 3. und 4. September in Liegnitz. Auftakt bildet eine Geschäftsausschußsitzung des Bundes Deutscher Bodenreformer. Dieser folgt eine Beamtenversammlung, wo Johannes Lubahn, Leiter des Heimstättenamtes der deutschen Beamtenschaft, über das Beamtenheimstättengesetz und seine Wirkungen sprechen wird. In öffentlicher Versammlung reden über „Siedlungswille und Siedlungswesen in der Ostmark": Preußischer Landtagsabgeordneter Pischke (Frankfurt a. d. Oder), Dr. Köbisch (Obernigk) und Stadtpfarrer Dr. Schenkel (Stuttgart). Dr. Adolf Damaschke, Vorsitzender des Bundes Deutscher Bodenreformer, wird diese Versammlung leiten. Der darauffolgende Sonntag beginnt mit einer Mitgliederversammlung des Landesverbandes Schlesien des Bundes Deutscher Bodenreformer. In einer zweiten öffentlichen Versammlung sprechen: Dir. Knorr (Berlin), Prof. Dr. Kühn (Leipzig) und Adolf Damaschke über: „Handwerk, Industrie und Bodenreform".

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: A. Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ecksorn; Feuilleton: K. H. Pächer; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Zu noch nie dagewesenen Preisen bringen wir Stores, Gardinen, Bettdecken
Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 5.90, 7.50, 8.90 M.
Halbstores in allen Webearten 1.75, 4.50, 5.50 8.— M.
Gardinen-Reste Etamé-Schals u. Tüll-Fenster zum halben Preis.
— Einzelverkauf von 9—7 Uhr. —
Spezial-Gardinen-Werkstätten Neukölln, Bergstr. 67
2. Stock, am Ringbahnhof
Kein Laden!

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57
Wochenendhäuser — Prospekte gratis!
Wald- u. Wasserparzellen-Nachweis.

Eisenmoorbad Wilsnack
(Berlin-Hambg.-Bahn). Erfolgreichstes Bad gegen Gicht, Rheuma, Ischias und Frauenleiden. Erfolg tausendfach bestätigt. Eröffnung 1. Mai 1927. Kurzeit ganzjährig. Prospekte durch die Badeverwaltung und diverser Reisebureaus

Lesdau's Korbmöbel
Fachmännische Fertigung
Aparte Muster
Mäßige Preise
Verkaufsräume u. Verkauf: Neukölln
Anzengruberstr. 20 und Hermannstr. 10
(Tel. Neuk. 1759)

Quedlinburg
die alte schöne Stadt
Kostenlose Auskunft d. Verkehrsamt.

Elektrische Anlagen
10-12 Monatsraten, ev. auch ohne Anzahlung
2 Zimmer 65,—, 3 Zimmer 80,—
4 Zimmer 100,— M. einschl. Küche, Korridor und Bad.
Vertreterbesuch und Kostenanschläge unverbindlich!
G. Joh. Reincke & Co.
Geprüfter Elektromeister
Berlin-Schöneberg, Maxstraße 6.
Stephan 8270.

Ohne Anzahlung
Landparzellen Lindenberg bei Ahrensfelde
qm. 0,80—1,00 M., monatlich 20,— Abzahl.
verkauft
Hein, Böhowstraße 36, bei Gerlach.

Gerhard Kohnen
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

300 Landparzellen
ganz neu erschlossen, von 60 Pf. und M. 1,— pro □m an, direkt am Bahnhof Ahrensfelde II. Verkauf täglich im Bahnhofsrestaurant Büttner. Noch ca.
200 Landparzellen
ca. 20 Min. v. Bhf. Fredersdorf, □m v. 40 Pf. an. Verk. Sonnt., Dienst. u. Sonnabends i. Restaur. „Zu den drei Linden"
Rieger, Berlin C. 25, Gontardstr. 5